

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 08/2022



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

hoffentlich haben Sie in den vergangenen Wochen trotz der schwierigen politischen Großwetterlage freudvolle und sonnige Tage verbracht. Ich melde mich heute während der noch laufenden parlamentarischen Sommerpause mit einem Zwischenstand bei Ihnen. Denn auch wenn das Parlament gerade nicht tagt, so findet die politische Arbeit doch in weitem Umfang statt.

Nach wie vor beherrschen der Ukrainekrieg und die dadurch ausgelösten Verwerfungen den Alltag. Wir brauchen eine klarere Ukraine-Strategie und einen deutlich beherzteren Einsatz der gesamten Bundesregierung. Wir als Union gehen hier mit konkreten Vorschlägen voran – leider zieht die Ampel nur in wenigen Fällen mit. Auf die schwierige Lage gerade am Energie- und Rohstoffmarkt werde ich separiert eingehen.

Die parlamentarische Sommerpause nutze ich wie viele meiner Kolleginnen und Kollegen verstärkt, um mit Ihnen vor Ort in den Austausch zu kommen. In den vielen Gesprächen haben sich mir zahlreiche wertvolle Einblicke ergeben. Mein gesamtes Berliner Team hat mich bei einigen Terminen begleitet und so den Wahlkreis noch besser kennengelernt. In einer kleinen Nachlese stellt meine wissenschaftliche Mitarbeiterin einige Termine und ihre Eindrücke dazu vor.

Abschließend wünsche ich Ihnen weiterhin sonnige Tage in diesen Wochen in Rhein-Berg, den Schülerinnen und Schülern einen guten Wiedereinstieg in den Schulalltag und uns allen weiterhin einen trotz allem angenehmen Sommer 2022!

Herzliche Grüße

Ihr Dr. Hermann-Josef Tebroke

LAGE IN DER UKRAINE

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg ist auch für uns in Deutschland eine bleibende Herausforderung und in manchen Momenten schlichtweg deprimierend, mindestens sehr ernüchternd. Wie schwierig muss die Lage dann aber erst in der Ukraine und im Besonderen in den Kampfgebieten im Osten und Süden dieses Landes sein.

Der heroische und aufopferungsvolle Kampf der ukrainischen Soldatinnen und Soldaten sowie der Freiwilligenheere der Ukraine sind beeindruckend und beispielgebend. Wir als Bundesrepublik müssen weiterhin unseren Beitrag leisten und die Ukraine unterstützen. Unsere westliche freiheitliche Werteordnung wird auch und gerade im Donbass verteidigt. Es bleibt bei der zentralen Botschaft, dass wir selbst nicht unmittelbar Kriegspartei werden. Gleichwohl ist es dennoch unser Recht und auch geopolitisch unsere Verantwortung, die Ukraine finanziell zu stabilisieren und als Bollwerk gegen das russische Expansionsstreben mit den nötigen Waffen auszustatten. Die in diesen Tagen veröffentlichte Einigung zwischen der Ukraine und den Vereinigten Staaten in Bezug auf weitere Waffenlieferungen sind insoweit ein wichtiger Baustein. Auch wir als Bundesrepublik Deutschland müssen dem entsprechen und weitere Waffen liefern sowie zur makroökonomischen Stabilisierung der Ukraine beitragen.

An dieser Stelle möchte ich die auf Initiative der Vereinten Nationen geglückte Einigung hinsichtlich der Getreideexporte per Schiff aus den unzerstörten Häfen der Ukraine ausdrücklich begrüßen. Es ist ein wichtiges Zeichen, dass die für die Ernährung von weiten Teilen Afrikas so wichtigen Exporte nunmehr in etwas größerem Umfang wieder aufgenommen werden. Gleichwohl reichen die in Aussicht gestellten Getreidelieferungen bei weitem nicht aus, um die über Monate gestörten Handelswege zu ersetzen und das gesamte aufgelaufene gelagerte Getreide aus der Ukraine zu exportieren. Es muss daher weiterhin ein großes Augenmerk darauf gelegt werden, alternative Routen über Flüsse, Straßen und Gleise zu nutzen und bestmöglich auszubauen. Insbesondere gilt es hierbei, die bürokratischen Anforderungen der Lage entsprechend erheblich zu vereinfachen.

GAS- UND ENERGIEVERSORGUNG

Kaum ein Thema betrifft die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land so sehr wie die aktuellen Herausforderungen rund um die Versorgung unseres Landes mit Rohstoffen. Täglich erhalte ich

TERMINE

13.08.2022, 12:00 Uhr
Laurentiuskirmeseröffnung
Bergisch Gladbach

17.08.2022, 18:00 Uhr
Sommerfest
CDU Rheinisch-Bergischer Kreis
Bergisch Gladbach

18.08.2022, 13:00 Uhr
Start des Perspektivhauses der Kette e.V.
Rhein-Berg
Bergisch Gladbach

25.08.2022, 16:00 Uhr
Bürgersprechstunde in Kürten
Clubräume im Bürgerhaus

Sitzungswoche 05. – 09.09.2022
1. Lesung Haushaltsgesetz 2023
Deutscher Bundestag

04.10.2022, 15:30 Uhr
Telefonische Bürgersprechstunde

15.11.2022, 16:00 Uhr
Bürgersprechstunde in Odenthal
Rathaus Odenthal

08.12.2022, 15:00 Uhr
Bürgersprechstunde in Overath
Rathaus Overath

*Weitere Informationen finden Sie auf
meiner Homepage!*

Anrufe sowie Zuschriften und erlebe in persönlichen Gesprächen, wie herausfordernd die Situation gerade schon ist und wie stetig komplexer und teurer sie zu werden droht.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle signalisieren: Mir sind die Probleme bekannt und die großen Herausforderungen klar. Mit diesen sind nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher konfrontiert, die teilweise mit einer Verdopplung der Preise rechnen müssen. Auch viele Unternehmer, Handwerksbetriebe und Selbstständige sind von massiven, teils existenzgefährdenden Preissteigerungen betroffen. Hier muss die Ampelkoalition schneller, umfassend und unbürokratisch Abhilfe schaffen. Diese Abhilfe muss aus mehreren Komponenten bestehen. Ein wesentlicher Faktor wird sein, die Energieversorgung in unserem Land zu sichern. Dafür müssen wir noch mehr Ankaufverträge von LNG-Gas abschließen als wir es bisher bereits ins Werk setzen konnten. Dafür muss der Ausbau regenerativer Energien vorangetrieben, entbürokratisiert und rechtlich vereinfacht werden – und das nicht erst 2023 oder 2024, sondern noch im September 2022. Dafür müssen schließlich wohl auch die verbliebenen Kernkraftwerke übergangsweise weiterlaufen. Dieser Punkt wird zunehmend bedeutsam. Wir als Unionsfraktion haben mehrheitlich den Ausstieg aus der Kernenergie mitgetragen, in der klaren Erwartung, dass Gas als Brückentechnologie in ein regeneratives Zeitalter fungieren kann. Die über Jahrzehnte zuverlässigen und günstigen Gaslieferungen aus Russland haben auch die Erwartung begründet, auf diese Brückentechnologie vertrauen zu dürfen. Der ungerechtfertigte russische Angriffskrieg und die wirtschaftliche Kriegsführung Russlands gegen den Westen – anders kann man das derzeitige vorsätzlich rechtswidrige Vorgehen Russlands nicht bezeichnen – haben diesen Weg aber unmöglich werden lassen. Deswegen ist nunmehr eine Neubewertung erforderlich. Das heißt nicht, im gleichen Atemzug die damalige Entscheidung zu Gunsten des Gases und gegen Kernenergie für falsch zu erachten. Wenn sich aber wesentliche Rahmenbedingungen ändern oder begründete Annahmen als unzutreffend erweisen, dann ist es nicht nur legitim, sondern auch geradezu zwingend, die Entscheidung zu überdenken und ggf. zu korrigieren.

Zusätzlich zu den anstehenden Entscheidungen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene müssen den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmerinnen und Unternehmern auch auf einzelwirtschaftlicher Ebene konkrete Entlastungen zuteilwerden. Ich denke da im Speziellen an einen Rettungsschirm zur Abfederung der Preissteigerungen und an einen Abbau der kalten Progression, die gerade bei den durch die Inflation erforderlichen Lohnsteigerungen besonders zuschlägt. Eines bleibt nichtsdestotrotz eine bittere Wahrheit: Der Staat kann die durch Russland verursachten Wohlstandsverluste nicht allesamt kompensieren. Nicht jede Teuerung kann durch den Staat ausgeglichen werden. Dies bedeutet gleichwohl nicht, in Einzelfällen und zur Abfederung und Streckung erheblicher nachteiliger Wirkungen Zuschüsse zu zahlen. Dann

EINBLICKE



Bei der Bergischen Greifvogelstation durfte ich Federohr kennenlernen.

Dr. Michael Metten führte uns durch den Produktionsstandort in Overath



müssen diese aber – anders als etwa im geplanten Energiekostendämpfungsprogramm vorgesehen – auch gut durchdacht sein und alle relevanten Branchen angemessen berücksichtigen.

WEITERE KURZNACHRICHTEN

Corona-Lage: Wir als Unionsfraktion haben im Frühjahr konkrete Vorschläge zur Einführung eines verpflichtenden Impfreisters und zu den Bedingungen für eine mögliche Impfverpflichtung vorgelegt. Leider haben sich die Koalitionsfraktionen gegen diese Vorschläge ausgesprochen, ohne dass irgendeine Form des Kompromisses vorgestellt worden ist. Die Konsequenzen dessen sieht man jetzt: Bundesgesundheitsminister Lauterbach und Bundesjustizminister Buschmann haben ein unausgeglichenes Entwurfspapier vorgelegt, das nicht einmal der Kritik aus eigenen Reihen standhält. Die geplanten Änderungen des Infektionsschutzgesetzes widersprechen der erstrebten europäischen Einheitlichkeit, sind teils zu weitreichend und in sich inkonsequent. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Cum-Ex-Verwicklungen der SPD: Sicherlich haben auch Sie die umfängliche Verstrickung der Hamburger SPD in den Cum-Ex-Skandal wahrgenommen. Die nunmehr aufgrund von Ermittlungen in diesem Zusammenhang festgestellten umfänglichen Bargeldreserven des SPD-Politikers Johannes Kahrs sind nur ein Ausdruck davon. Der Bundeskanzler darf sich – schon aufgrund seiner Vorbildfunktion – nicht mit Ausflüchten aus der Verantwortung stellen. Die Integrität dieses bedeutendsten Amtes in unserem Staat ist von fundamentaler Bedeutung für unsere Demokratie. Bundeskanzlerin a.D. Angela Merkel war insoweit beispielgebend. Bei unseren Bemühungen geht es nicht um parteipolitische Scharmützel, sondern um wesentliche Belange unseres politischen Betriebs in der Bundesrepublik. Gerade deswegen werden wir als Union hier auf umfassende Aufklärung dringen.

Nachfolgelösung 9-Euro-Ticket: Das 9-Euro-Ticket ist ein Verkaufsschlager – das steht außer Zweifel. Zugleich hat die starke Nachfrage die Kapazitätsgrenzen unseres öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs deutlich gemacht. Die Bedingungen, unter denen manche Fahrt stattgefunden hat, waren eine Zumutung für die Fahrgäste. Viele Verkehrsbetriebe einschließlich der DB waren schlicht überfordert. Schließlich ist das 9-Euro-Projekt äußerst kostenintensiv und eine große Herausforderung für den Bund, der das Projekt monatlich mit fast einer Milliarde Euro bezuschusst. Auf das Jahr gerechnet erforderte die Fortführung dieses Tickets ein Haushaltsbudget, wie es dem Budget ganzer Ministerien entspricht. Eine gleichlaufende Fortsetzung wird sich angesichts der knapper werdenden öffentlichen Mittel kaum realisieren lassen. Auch wäre sie gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auf dem Land, die auf das Auto angewiesen sind und mangels Infrastruktur nicht auf den ÖPNV umsteigen können, eine kaum zu begründende Belastung. Wenn es um Fortführungskonzepte geht, dann sollte die Finanzierung und die Notwendigkeit jeweils separiert auf den Prüfstand gestellt werden.

Immerhin haben Länder und Verkehrsverbände verschiedene Vorschläge für Nachfolgeangebote unterbreitet, die zwar höhere Ticketpreise und eine geringere finanzielle Beteiligung des Bundes vorsehen, aber dennoch Anreize zur verstärkten Nutzung des ÖPNV geben. Auch hier kommt es darauf an, dass die Ampelkoalition zügig entscheidet.

WAHLKREISTOUR DES BERLINER BÜROS

Ende Juni war mein Team aus dem Berliner Bundestagsbüro im Rheinisch-Bergischen Kreis zu Gast. Für fünf Tage konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusammen mit meinem Team aus dem Bergisch Gladbacher Büro Menschen, Vereine, Unternehmen, Städte und Landschaft des Wahlkreises näher kennenlernen. Der Austausch vor Ort ist eine wichtige Unterstützung und Motivation für die Arbeit, die von Berlin aus für den Rheinisch-Bergischen Kreis geleistet wird. Annabell Gaumitz, meine wissenschaftliche Mitarbeiterin, hat einen kurzen Bericht über einige Stationen und ihre Eindrücke der Reise verfasst:

Unser Programm führte uns einmal kreuz und quer durch den Rheinisch-Bergischen Kreis. In Bergisch Gladbach bei den DEUTA-Werken war unser erster Halt. Die DEUTA-Werke „visualisieren Geschwindigkeit“: Sie stellen Sensortechnik für die Schiene her. Neben Geschwindigkeitsmesssensoren bietet das Unternehmen auch Softwareentwicklung für ihre Kunden an. Bei der Begehung der Arbeitshalle erklärten uns Herr Fabian Rensch, Geschäftsführer der DEUTA Group GmbH, und Herr Thomas Blau die spezifischen Herstellungsschritte für ihre Produkte. Anschließend ging es nach Altenberg, wo wir gemeinsam mit Christof Jochum, 1. Stellvertretender Bürgermeister von Odenthal, von Frau Dr. Bruchäuser eine Führung im Altenberger Dom, mit dem größten gotischen Bleiglasfenster nördlich der Alpen, bekamen.

Ein Termin aus dem Bereich der Arbeit im Familienausschuss war der Besuch der Jugendeinrichtung „CREW“ gemeinsam mit Maurice Winter in Leichlingen. Vor Ort berichteten Alexander Quirl (CREW / Geschäftsführung gUG) und Kevin Schmitz (Mitgliederkoordinator) vom Konzept der Einrichtung. Wichtig für sie, und dem Verein ist es, freizeitleiche Alternativen für Kinder zu schaffen, da diese gerade in den letzten zwei Jahren durch die Folgen der Corona-Pandemie und der Flut im Ahrtal auf der Strecke geblieben sind. Finanziert wird dies über Fördermittel. Speziell in der Ferienzeit sind die Plätze für die Betreuung begrenzt, da dort auch mit Mittagessensportionen geplant werden muss. Der Verein bietet extern Sozialkompetenztrainings für Schulklassen an. Gerade bei Kindern macht sich der Entwicklungsrückstand bemerkbar, der sich durch die letzten zwei Jahre bedingt ergeben hat, weswegen man dem entschieden und mit mehr Engagement entgegenwirken muss. Anschließend ging es für uns zur Lebenshilfe Bergisches Land. Hier stellte der Bereichsleiter Holger Theis die Werkstatt vor, in der knapp 60 Personen beschäftigt werden. Ziel der Werkstatt ist die Förderung der Menschen durch echte Arbeit, sodass sie Teil der Wertschöpfungskette sind. Die Integration auf dem 1. Arbeitsmarkt kann gelingen, sollte aber kein Muss als Kriterium sein, dass Menschen echte Arbeit leisten. Gemeinsam mit dem Geschäftsführer Alex Plum hatten wir die Möglichkeit direkt den Menschen vor Ort bei der Arbeit zuzuschauen und Fragen zu stellen. Am Standort in Leichlingen wird in den Bereichen Verpackung, im IT-Dienstleistungssektor sowie im Logistikbereich gearbeitet. Auch die dort beschäftigten Personen hatten Fragen an Herrn Dr. Tebroke und unser Team, was zu einem regen Austausch aller Beteiligten führte.

Im Bereich der Verkehrsthemen hatten wir die Möglichkeit das Unternehmen Tenneco (früher Götze) in Burscheid näher kennen zu lernen. Dieses stellt Kolbenringe für Verbrennermotoren her, hat weltweit Standorte und ist größter Hersteller in diesem Bereich. Kunden sind unter anderem BMW, SKODA, Toyota, VW und Audi. Bei der Begehung des Werks konnten wir auch die hauseigene Herstellung von Gusskolbenringen beobachten. Das Unternehmen ist nach wie vor ein wichtiger Arbeitsgeber in der Region und für den Standort Burscheid. Daher gibt es großen Zuspruch vor Ort für dieses. Wir haben in einem offenen Austausch auch über die aktuellen Herausforderungen, wie die steigenden Energiepreise, und die Zukunft von Verbrennermotoren gesprochen.

In Begleitung einiger Parteifreunde der CDU Overath waren wir zudem zu Besuch bei der Firma Metten, Stein und Design. Herr Dr. Michael Metten erläuterte die Produktion, die immer wichtiger werdenden Nachhaltigkeitsaspekte von Beton und veranschaulichte uns den Prozess anschließend im Werk, welches wir besichtigen durften. Die Produktionsverfahren der Firma sind patentiert, sie verkauft ihre Produkte an Lizenznehmer in über 20 Länder weltweit, wo sie öffentliche Flächen, Plätze oder Innenstädte begehbarm machen. Auch Aspekte des Umwelt- und Tierschutzes durften bei unserer Tour nicht fehlen. So hatten wir gemeinsam mit Vertreterinnen der Frauenunion aus Rösrath die

Gelegenheit einen Vortrag über den Waldbestand im Rheinisch-Bergischen Kreis zu hören, der freundlicher Weise von Herrn Rainer Deppe (Vorsitzender der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Kreisverband Rhein-Berg) gehalten wurde. Anschließend haben wir die Bergische Greifvogelstation, ehrenamtlich geleitet von Dirk Sidhu in Rösrath besucht und mehr über die Rettung von beispielsweise angefahrenen Tiere und wie sie wieder für die Wildnis fitgemacht werden, erfahren.

Am letzten Tag unserer Reise statteten wir zunächst dem Unternehmen Pütz Roth in Bergisch Gladbach einen Besuch ab. Gemeinsam mit Mitgliedern der Senioren Union aus dem Kreis wurde uns die Philosophie des Hauses näher gebracht, nicht nur was den Ablauf einer Bestattung anbelangt, sondern auch was für individuelle Möglichkeiten der Trauerbewältigung es gibt. Das Motto des Hauses ist „Trauer ist Liebe“. Hier wurde im Gespräch mit Herrn Gil, Leiter der Verwaltung, deutlich, dass sich der Wunsch, wie man sich von geliebten Menschen verabschiedet, in den letzten Jahren hin zum individuellen Prozedere gewandelt hat. Der letzte Termin führte uns gemeinsam mit Stefan Leßenich und anderen CDU-Kreisvertretern zum Dorffest nach Dabringhausen, wo wir die Gelegenheit bekamen mit Vereinen und Bürgern vor Ort, die sich im Dorf engagieren, zu sprechen. Danach ging es nach Wermelskirchen. Hier kehrten wir nach einer kurzen Stadtführung zum Kaffee und Kuchen in das bekannte Café Wild ein, wo auch die Bürgermeisterin von Wermelskirchen, Frau Marion Lück, dazu stieß. Spontan konnten wir noch kurz die Wasserstoffbusflotte samt Tankstelle in Wermelskirchen besuchen, die ein wunderbares Beispiel für klimaschutzfreundlichen ÖPNV in unserem Rheinisch-Bergischen Kreis ist. Seit 2020 sind die wasserstoffbetriebenen Stadtbusse im Rheinisch-Bergischen Kreis im Einsatz.

Für uns Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Berlin war diese Tour durch den Wahlkreis eine wunderbare Gelegenheit die schöne Landschaft, die innovativen Unternehmen und das ehrenamtliche Engagement der Menschen vor Ort zu erleben und kennenzulernen. Mit den Menschen vor Ort – die uns sehr herzlich aufgenommen haben – sich persönlich austauschen zu können, war sehr informativ und hilfreich, denn bisher war dies immer nur telefonisch oder schriftlich möglich. So konnte ich mir – und meine Kolleginnen und Kollegen sicherlich auch – ein besseres Bild vom Wahlkreis machen. Uns hat es sehr viel Freude bereitet, die Menschen vor Ort kennenzulernen und wir freuen uns auf ein Wiedersehen, ob nun im Wahlkreis oder in Berlin!



Mein Team mit Herrn Rensch und Herrn Blau bei den DEUTA-Werken.
Quelle: Frau Schiffer, DEUTA

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227- 79547
Fax: (030) 227- 76906

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail: hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet: <https://www.hermannjosef-tebroke.de/>

Stand: 13.08.2022